

2. Zusammenstellung der Mündlichen Anfragen in der Reihenfolge ihres Aufrufs gemäß § 74 Abs. 1 GeschO

lfd. Name Frage
Nr.

Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

- 1 **Christa Naaß** (SPD) Ich bitte die Staatsregierung um Mitteilung, welche Forstdienststellen in Mittelfranken seit wann nicht besetzt sind und wann endlich mit der Besetzung zu rechnen ist?

Staatsministerium des Innern

- 2 **Heinz Donhauser** (CSU) Nachdem von der seinerzeitigen Trassenfindung für die Autobahn A 6 ausgehend dem regionalen Planungsverband Oberpfalz Nord der gleichzeitige vierstreifige Ausbau der B 85 von Amberg bis zum Anschluss an die Autobahn A 93 zugesichert wurde, frage ich die Staatsregierung, warum nun bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans der Ausbau der B 85 auf "Weiterer Bedarf mit Planungsrecht" heruntergestuft wurde, obwohl seit der EU-Osterweiterung die Verkehrsbelastung dramatisch angestiegen ist, und wie die Planungen zum Ausbau der B 85 zwischen Amberg und der Anschlussstelle an die Autobahn A 93 hinsichtlich des Baubeginns, dem zeitlichen Umfang und der Finanzierung aussehen?
- 3 **Susann Biedefeld** (SPD) Trifft es zu, dass mit der Novellierung der Bayerischen Bauordnung sich Veränderungen bei den Abstandsflächen (auch im Außenbereich) ergeben und wenn ja, hat dies unmittelbar Auswirkungen auf die Errichtung von Windkraftanlagen und ist das Innenministerium bereit, die Position des Bundesverbandes WindEnergie e.V., Landesverband Bayern bei der Novellierung zu hören und zu berücksichtigen?
- 4 **Dr. Martin Runge** (GRU) Mit welcher Legitimation und mit welcher Begründung baut die Staatsregierung ihre m. E. gegebene Droh- und Druckkulisse auf gegenüber Sportvereinen und Fernsehsendern, in letzterem Fall im Versuch über die BLM (zuletzt rechtsaufsichtliche Weisung), die für Sportwetten anbietende Unternehmen werben, deren Tätigkeit in Deutschland bislang nicht untersagt ist?
- 5 **Berthold Rüth** (CSU) Warum ist es nicht möglich, dass die Feuerwehren in 63897 Miltenberg und 63920 Großheubach einen Zweckverband gründen, obwohl dieses Vorhaben große Vorteile brächte, da nur noch ein Feuerwehrhaus benötigt würde, beide Orte in der vorgegebenen Hilfsfrist von 10 Minuten erreicht werden könnten und auch Kosteneinsparungen zu realisieren wären?
- 6 **Ludwig Wörner** (SPD) Trifft es zu, dass die Staatsregierung die Bestrebungen der Bundesregierung unterstützt, börsennotierte Immobiliengesellschaften (REITs) einzuführen, welche Auswirkungen erwartet sie dadurch auf dem bayerischen Wohnungsmarkt und welche positiven Ergebnisse wurden in Europa damit bislang erzielt?

- 7 **Ulrike Gote** (GRU) Nachdem meine mündliche Anfrage zu BID (Business Improvement District oder auch "Bündnis für Investitionen und Dienstleistungen") in der Plenarsitzung vom 08.03.2006 durch Herrn Staatssekretär Schmid m. E. unrichtig beantwortet wurde, indem er erklärte "Für die Einrichtung eines Innovationsbereichs ist die Zustimmung einer bestimmten Anzahl von Grundstückseigentümern notwendig. Nicht alle müssen zustimmen, aber ein gewisser Prozentsatz. In manchen Bereichen wird beispielsweise von 15 % ausgegangen." (Plenarprotokoll 15/63 S. 4693) und er im Verlauf seiner Antwort seine ablehnende Haltung gegenüber BID mit den Worten "Wenn Ursache für eine solche Abgabe ist, dass Entscheidungen getroffen werden, auf die ich beispielsweise als Mieter oder Einzelhändler keinen Einfluss habe, weil 15 %, 20 % oder 25 % der Grundstückseigentümer ausreichen, um dies zu beschließen, dann meine ich, dass das Ergebnis nicht gut ist." (Plenarprotokoll 15/63 S. 4693), begründete, frage ich die Staatsregierung, ob im zuständigen Ministerium tatsächlich nicht bekannt ist, dass die Zustimmungquote zu einem BID in den Bundesländern, in denen dieses Instrument praktiziert wird, 70 bis 85 % betragen muss, ob die Staatsregierung sich nun korrigieren möchte und ob sich dadurch ihre Haltung zu BID und einem BID-Landesgesetz ändern wird?
- 8 **Karin Radermacher** (SPD) Trifft es zu, dass Staatsminister Dr. Beckstein dem Bürgermeister Martin Hümmer von Oberickelsheim zugesagt hat, dass auf der Bundesstraße 13 an der Gemarkungsgrenze Oberickelsheim (Mittelfranken) und Martinsheim/Marktbreit (Unterfranken) ein Kreisverkehr eingerichtet wird, dabei die Mautpyramide von Mittelfranken nach Unterfranken versetzt werden muss und dies ohne Zustimmung der Gemeinden Martinsheim und Marktbreit?

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

- 9 **Johanna Werner-Muggendorfer** (SPD) Was geschieht, wenn eine Gemeinde keine Bedarfsfeststellung im Zuge des neuen BayKiBiG für ihren Einzugsbereich durchführt, werden dann die bis jetzt bestehenden Betreuungsplätze nicht mehr vom Staat gefördert, oder welche Sanktionsmöglichkeit vonseiten der Aufsichtsbehörde gibt es?

Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

- 10 **Ruth Paulig** (GRU) Auf welcher Rechtsgrundlage beruht die Aussage der Regierung von Oberfranken, dass die Bezirksregierungen nur dort Feinstaub-Luftreinhaltepläne/Aktionspläne aufstellen dürfen, wo Messstationen des Landesamtes für Umweltschutz Grenzwertüberschreitungen zeigen, nicht aber wo Messungen durch städtische Umweltämter dies belegen?
- 11 **Adi Sprinkart** (GRU) Wurde das Veterinäramt am Landratsamt Neu-Ulm von einem amtlichen Tierarzt des Rhein-Kreises Neuss, Anfang Juni 2005 darüber informiert, dass 15.329 kg einer Lieferung Schweineköpfe eines Fleisch verarbeitenden Betriebes im Landkreis Neu-Ulm an einen Fleischverarbeitungsbetrieb im Rhein-Kreis Neuss wegen bereits eingesetztem Fäulnisprozess vernichtet werden mussten, wenn ja, welche Konsequenzen hat das Veterinäramt Neu-Ulm daraus gezogen und gibt es rechtliche Vorgaben, die eine solche Weitergabe von Informationen der Veterinärbehörden untereinander vorschreiben?

Staatsministerium der Finanzen

- 12 **Stefan Schuster** (SPD) Wie viele Beschäftigte gibt es beim Freistaat Bayern, die mit neuen Arbeitsverträgen eingestellt wurden, seit der Freistaat Bayern die Tarifverträge im öffentlichen Dienst nicht mehr anerkennt?

Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

- 13 **Eike Hallitzky** (GRU) Gibt es konkrete Pläne für zusätzliche grenzüberschreitende ÖPNV-Angebote an den niederbayerischen Grenzübergängen nach Tschechien und wenn ja, wann und wo sollen diese verwirklicht werden?
- 14 **Rainer Volkmann** (SPD) In welchen Bereichen der Wirtschaft konnten in den zurückliegenden 35 Jahren der Entwicklung des Transrapids Technologien erfolgreich eingesetzt werden (so genannte spin-off-Effekte)?
- 15 **Christine Kamm** (GRU) Welche der derzeit noch über Augsburg verkehrenden Fernverkehrszüge München-Nürnberg und weiter nach Norden mit jetzigem Halt in Augsburg ab 07:15, 09:25, 11:25, 13:25, 15:25, 19:25, 20:21, 21:23 Uhr und in Gegenrichtung ab 06:30, 09:34, 11:34, 12:32, 14:32, 16:34, 18:32, 20:31, 22:33, 23:34, 00:36 Uhr, welche der noch verkehrenden Fernverkehrszüge München-Würzburg und weiter nach Norden mit jetzigem Halt in Augsburg um 09:34, 14:22, 15:34, 17:34 Uhr und in Gegenrichtung um 06:42, 07:28, 08:32, 12:32 Uhr sollen nach den derzeitigen Fahrplänen in Ingolstadt halten, und welche anderen auf der Ingolstadttrasse verkehrenden Fernverkehrszüge könnten statt diesen in enger zeitlicher Nähe die Anbindung von Ingolstadt übernehmen?

Staatsministerium für Unterricht und Kultus

- 16 **Thomas Mütze** (GRU) Welche Maßnahmen trifft die Staatsregierung, um dem drohenden Qualitätsverlust an den Förderzentren mit dem Förderschwerpunkt "Sehen" aufgrund der absehbaren Pensionierung zahlreicher qualifizierter Blinden- und Sehbehindertenpädagoginnen und -pädagogen und den zu wenigen wegen schlechter Rahmenbedingungen neu hinzukommenden qualifizierten Lehrkräften, entgegenzuwirken, wie will die Staatsregierung Absolventinnen und Absolventen der Blinden- und Sehbehindertenpädagogik aus anderen Bundesländern für den Schuldienst in Bayern gewinnen, da dieses Fach an den bayerischen Hochschulen nicht angeboten wird und die Bezahlung für Sonderpädagogen in anderen Bundesländern besser ist als im Freistaat und welche Möglichkeiten haben bayerische Lehrkräfte in Heidelberg das Aufbaustudium Blinden- und Sehbehindertenpädagogik zu studieren, wenn sie im Gegensatz zu früher nicht mehr dafür freigestellt werden können?
- 17 **Peter Hufe** (SPD) Bleibt der Grundkurs Dramatisches Gestalten auch weiterhin innerhalb des G8 ein zu benotender Grundkurs?

Staatsministerium der Justiz

- 18 **Alfred Sauter**
(CSU) Gibt es nach den in der Presse zitierten Äußerungen des Pressesprechers der Staatsanwaltschaft München I
- Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bestechung oder Vorteilsgewährung gegen Vorstände und/oder Mitarbeiter von Unternehmen, die WM-Tickets, insbesondere sog. Hospitality-Pakete erworben haben und im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft Minister oder andere Amtsträger zu WM-Spielen einladen,
 - Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bestechung im geschäftlichen Verkehr gegen Vorstände und/oder Mitarbeiter von Unternehmen, die WM-Tickets, insbesondere sog. Hospitality-Pakete, erworben haben und im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft Geschäftspartner, beispielsweise Vorstände, Geschäftsführer, leitende Mitarbeiter oder Mitarbeiter zu WM-Spielen einladen,
 - Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr gegen ausländische Vorstände, Geschäftsführer oder andere leitende ausländische Mitarbeiter, die Einladungen von deutschen Unternehmen zu WM-Spielen annehmen,
- oder ist beabsichtigt, derartige Ermittlungsverfahren einzuleiten?
- 19 **Kathrin Sonnenholzner**
(SPD) Warum ist eine Teilzeitbeschäftigung für Beamtinnen des Justizvollzugsdienstes im Anschluss an den Erziehungsurlaub nicht möglich und welche Möglichkeiten der Beschäftigung haben Beamtinnen aus diesem Bereich, die aufgrund der örtlichen Situation keine ganztägige Betreuungsmöglichkeit für ihr Kind haben?
- 20 **Franz Schindler**
(SPD) Wie beurteilt die Staatsregierung die sog. Cochemer Praxis zur Beschleunigung und Schlichtung von Kindschaftsstreitigkeiten bei Trennung und Ehescheidung und hält sie die Übernahme des Modells oder einzelne Bestandteile davon wie z. B die Vernetzung und frühzeitige Kooperation zwischen Jugendämtern, Familiengerichten und der Anwaltschaft zur Beschleunigung und zur Vermeidung streitiger Entscheidungen in Sorgerechts- und Umgangsrechtsverfahren für sinnvoll und erforderlich?